

Der Kampf um die alten Häuser

Der Landrat stimmt über eine massive Lockerung des Heimatschutzes ab: Bei einem Ja dürften viele historische Gebäude im Glarnerland legal abgerissen werden. Da die Wahlen die Kräfteverhältnisse verschoben haben, zeichnet sich ein spannender Ausgang ab.



Was versteckt sich hinter der Änderung der Heimatschutzverordnung? SVP-Fraktionschef Toni Gisler glaubt, dass ein gelockertes Heimatschutz der Wirtschaft hilft.

Bild Daniel Fischli

von Ueli Weber

Toni Gisler wollte keine Prognose wagen. «Es wird sicher knapp, da müssen wir uns nichts vormachen», sagte der Fraktionschef der SVP im April. Der Landrat sollte darüber abstimmen, ob er die Zahl der geschützten historischen Gebäude im Kanton drastisch reduzieren will. Ihre Besitzer dürfen diese nicht abbrechen und nur unter Auflagen umbauen (siehe Infokasten).

Das Anliegen der SVP war von Anfang an hart umkämpft: Die Motion, welche die Abstimmung erst veranlasst hatte, war mit nur vier Stimmen Unterschied überwiesen worden. Ein verpasster Zug, eine Erkältung und die eine oder andere geänderte Meinung – und das Abstimmungsresultat würde kippen. Die Gegner der SVP lehnen es vehement ab, weniger als 200 Gebäude auf die Liste der schützenswerten Bauten zu nehmen. Schon diese Zahl sei viel tiefer als in anderen Kantonen.

Landratswahlen haben Kräfteverhältnisse geändert

Am Tag der Abstimmung beschäftigte sich das Parlament dann aber vor allem mit sich selber – die Diskussion über die Landratsverordnung dauerte den ganzen Vormittag. Danach schien es den Landräten gescheiter, die Abstimmung über die Heimatschutzverordnung auf eine spätere Sitzung zu verschieben. Das Geschäft sei zu wichtig und brauche sowieso mehr Vorbereitung, sagte Landrat Martin Laupfer (FDP).

In den vier Monaten, die seither vergangen sind, hat das Glarnerland ein neues Parlament gewählt. Die Befürworter eines starken Heimatschutzes dürften leicht zugelegt haben. SVP und BDP verloren zusammen drei Sitze. Die beiden Parteien setzten sich besonders dafür ein, die Liste der schützenswerten Bauten zu beschneiden.

Ein Blick in die Smartvote-Profilen der neuen und abgewählten Landräte zeigt: Es haben nicht nur die Parteien verloren, welche das Inventar zusammenstreichen wollen. Kandidaten, welche nur noch wenige Gebäude schützen wollten, wurden von Parteikollegen verdrängt, welche eine Reduktion ablehnen. Die Online-Wahlhilfe-Plattform Smartvote fragte die Landratskandidaten vor den Wahlen:

«Die Anzahl der geschützten historischen Gebäude im Kanton Glarus soll deutlich reduziert werden. Befürworten Sie dies?» Von den acht Neugewählten haben fünf «nein» oder «eher nein» geantwortet. Drei antworteten mit «ja» oder «eher ja». Unter den Abgewählten waren noch fünf für eine Reduktion des Inventars und nur zwei dagegen (Kaspar Becker hat in den Regierungsrat gewechselt und den Fragebogen nicht ausgefüllt).

Nach Smartvote müsste es ein klares Resultat geben

Mit Smartvote lässt sich ein Stimmungsbild des ganzen Landrates zeichnen – und dieses ist ziemlich deutlich. 34 der gewählten Landräte zählen gemäss ihren Antworten auf

Das Inventar der schützenswerten Bauten

Das Geschäft: Der Kanton schafft sich eine Liste mit schützenswerten Bauten. Dazu zählen historisch wertvolle Gebäude oder Fabriken, die vor Umbau und Abriss geschützt werden sollen. «In der Regel» soll pro Gemeinde «nicht mehr als ein charaktergleiches Objekt» ins Inventar aufgenommen werden. Das heisst: In jeder der drei Gemeinden soll nur noch ein Hänggigturm, ein Herrenhaus oder ein Güterschuppen als besonders

schützenswert angesehen werden.

Die Vorgeschichte: 2011 beschloss der Landrat, für 430 000 Franken eine Liste der schützenswerten Bauten im Kanton Glarus erstellen zu lassen. Dieses Inventar hätte vor zwei Jahren noch vom Regierungsrat verabschiedet werden müssen. Doch für die SVP waren 200 Objekte zu viel. Die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Objekte sei «stark beein-

trächtig». Der Landrat überwies eine Motion der SVP, welche eine drastische Reduktion verlangte. Der Regierungsrat musste darauf den Änderungsvorschlag ausarbeiten, über den jetzt abgestimmt wird.

Kritik: Die Gegner lehnen die Änderung rundweg ab. Die Gemeinden Glarus Nord und Süd, die SP, die Grünen, das Architekturforum, der Historische Verein und der Glarner Heimatschutz kritisieren:

Mit weniger als den 200 vorgesehenen Objekten werde das Glarner Kulturerbe nicht mehr abgebildet. Eine solcher Heimatschutz sei nutzlos. Der SVP geht der Vorschlag der Regierung hingegen zu wenig weit. Diese hat einige Punkte aus der Motion nur abgeschwächt übernommen. So lasse etwa die Formulierung «in der Regel» ein Hintertürchen offen, um doch mehr als einen Gebäudetyp pro Gemeinde zu schützen, kritisiert die SVP. (uw)

Morgen tagt der Landrat

Der Landrat verhandelt morgen Mittwoch ab 8 Uhr im Rathaus die folgenden Geschäfte:

- Vereidigung Fridolin Staub
- Konzession für die Nutzung der Wasserkraft des **Brummbachs** in Braunwald (2. Lesung)
- Änderung der **Landratsverordnung** (2. Lesung)
- Zulässigkeits- und Erheblichkeitserklärung **Memorialsantrag «Wildschutz mit Augenmass»**
- Zulässigkeits- und Erheblichkeitserklärung **Memorialsantrag «Öffentlicher Verkehr für alle Gemeinden»**
- Verordnung über die Organisation der **kantonalen Schulen**
- Änderung der **Natur- und Heimatschutzverordnung**
- Motion «Einführung der Bausteuerzuschläge für Gemeinden»
- Postulat «Realisierung Querspanne Netstal Nord»
- Interpellation «Bekämpfung von Littering»
- Interpellation «EU macht Druck auf die Kantone»
- Interpellation «Medizinische Grundversorgung im Sernftal und in Glarus Süd»
- Interpellation «Unternehmenssteuerreformen»
- Interpellation «Strategie GLKB»
- Interpellation «Obersee» (uw)

Glarus setzt für vier Jahre drei Ziele

Der Gemeinderat Glarus hat sich für die Legislatur 2019–2022 drei Schwerpunktziele gesetzt. Daraus leite man 16 Zielsetzungen und 37 Massnahmen ab, heisst es in einer Mitteilung. Die Schwerpunkte sind:

- Gesundheitswesen;
- Vielseitiger Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum sowie attraktive Begegnungsorte;
- Nachhaltiger Umgang mit gemeindeeigenen Ressourcen und Liegenschaften.

Im Entwurf, den interessierte Glarnerinnen und Glarner im Juni diskutierten, waren es noch vier Schwerpunkte. Kommunikation und Partizipation scheinen nun nicht mehr auf. Dagegen schreibt der Gemeinderat, man habe «viele in der politischen Partizipation und Kommunikation bereits in einen guten Standard überführen» können. Dies werde weitergeführt. Die Projekte und Prozesse, die in der noch laufenden Legislatur gestartet worden sind, werden laut der Mitteilung weitergeführt und bleiben wichtig. (mitg/fra)

Neugeborenes im Einsiedler Babyfenster

Ein neugeborenes Mädchen ist am Sonntag um 11.24 Uhr ins Babyfenster des Spitals Einsiedeln gelegt worden. Der gesunde Säugling kam am selben Tag zur Welt und bleibt vorläufig für medizinische Abklärungen im Spital. Die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) sei umgehend informiert worden, teilten das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz und das Spital Einsiedeln gestern mit. Ein Vormund übernehme die Rechte und Pflichten, die üblicherweise den Eltern des Kindes obliegen würden.

Die Mutter des Kindes kann sich bei der KESB in Pfäffikon SZ oder bei der Stiftung Schweizerische Hilfe für Mutter und Kind (SHMK) melden, um mit ihrem Baby Kontakt aufzunehmen. Es werde ihr absolute Diskretion und unbürokratische Hilfestellung zugesichert, um für sie und das Kind die beste Lösung zu finden, heisst es in der Mitteilung. (sda)

22 Millionen für Flugplatz

Der Engadin Airport in Samedan ist auf über 1700 Metern über Meer der höchstgelegene Regionalflughafen Europas. Und er steht vor einer umfassenden Modernisierung. Für total 22 Millionen Franken werden die Hochbauten sowie die weitere Infrastruktur in den nächsten Jahren ersetzt und ausgebaut, wie es in einer Mitteilung von gestern heisst. Ab 2021 soll in Etappen zuerst der Flughafenbetrieb gesichert werden, indem zunächst die betriebsrelevante Infrastruktur ersetzt wird. Dabei entstehen unter anderem auch neue Helikopterhangars für die Rega und weitere Helikopterunternehmen.

9,5 Millionen Franken der Investitionen werden von der Infrastrukturunternehmung des Flughafens fremdfinanziert. Weitere 4 Millionen stammen vom Bund und vom Kanton. 8,5 Millionen Franken steuern die elf Oberengadiner Gemeinden zur Finanzierung bei. (sda)